Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen der Agrarpolitik 2014-2017

Audition sur le train d'ordonnances relatif à la Politique agricole 2014-2017

Indagine conoscitiva concernente il pacchetto d'ordinanze sulla Politica agricola 2014-2017

Organisation / Organizzazione	Kanton Solothurn Ansprechperson: Bruno Meyer, Amt für Landwirtschaft
Adresse / Indirizzo	Hauptgasse 72 4509 Solothurn
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	24. Juni 2013

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Inhalt / Contenu / Indice

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali..... 3

1. Verordnung über das bäuerliche Bodenrecht / Ordonnance sur le droit foncier rural / Ordinanza sul diritto fondiario rurale (211.412.110) 4

2. Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)..... 5

3. Kontrollkoordinationsverordnung / Ordonnance sur la coordination des contrôles / Ordinanza sul coordinamento dei controlli (910.15) 21

4. Einzelkulturbeitragsverordnung / Ordonnance sur les contributions à des cultures particulières / Ordinanza sui contributi per singole colture (910.17) 23

5. Landwirtschaftliche Begriffsverordnung / Ordonnance sur la terminologie agricole / Ordinanza sulla terminologia agricola (910.91) 24

Art. 27, Abs. 3..... 24

6. Strukturverbesserungsverordnung / Ordonnance sur les améliorations structurelles / Ordinanza sui miglioramenti strutturali (913.1) 26

Art. 3 26

7. Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft / Ordonnance sur les mesures d'accompagnement social dans l'agriculture /
Ordinanza concernente le misure sociali collaterali nell'agricoltura (914.11) 28

8. Agrareinfuhrverordnung / Ordonnance sur les importations agricoles / Ordinanza sulle importazioni agricole (916.01)..... 29

9. Landwirtschaftliche Absatzförderungsverordnung / Ordonnance sur la promotion des ventes de produits agricoles / Ordinanza sulla promozione dello
smercio (916.010)..... 30

15. Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft / Ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture /
Ordinanza sui sistemi d'informazione nel campo dell'agricoltura (919.117.71) 31

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Wir beschränken uns bei unserer Stellungnahme bewusst auf die für unseren Kanton wichtigen Bereiche. Für Details und reine Vollzugsfragen verweisen wir auf die Stellungnahmen von KOLAS und VSKT, bei denen wir mitgearbeitet haben. Enthalten sind aber zusätzliche Detailhinweise und Themen, bei denen wir von der KOLAS- bzw. VSKT-Stellungnahme abweichen.

Damit unsere Bemerkungen zu den SAK-Faktoren auch zu einem späteren Zeitpunkt einfließen können, haben wir bewusst auf eine Anpassung unserer Stellungnahme nach der Sistierung der SAK-Faktorenanpassung verzichtet.

1. Verordnung über das bäuerliche Bodenrecht / Ordonnance sur le droit foncier rural / Ordinanza sul diritto fondiario rurale (211.412.110)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Aufnahme der Direktvermarktung bei der SAK Berechnung wird grundsätzlich begrüsst, es stellen sich aber sofort Fragen zum praktischen Vollzug. Die Ermittlung des effektiven Arbeitsaufwandes ist sehr schwierig und kann besser in Anlehnung an den ausgewiesenen Umsatz definiert werden. Es wird zudem angeregt, den Agrotourismus in diesen Artikel aufzunehmen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2, Abs. 2	Aufnahme eines SAK Faktors für die Bienenhaltung	Die Bienenhaltung wird bis anhin nicht berücksichtigt, obwohl sie für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung ist
Art. 2, Abs. 4	Ergänzung mit Agrotourismus und Definition des SAK-Faktors aufgrund des ausgewiesenen Umsatzes. (vgl. Art. 3 Begriffs-VO)	Dieser Bereich spielt in vielen Gebieten eine wichtige Rolle und generiert doch erhebliches Arbeitspotential.

2. Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Wir begrüßen die Zusammenlegung von verschiedenen Verordnungen in die Direktzahlungsverordnung. Die Regelungsdichte geht aber sehr weit und es sollten vor allem bei den Anhängen Vereinfachungen angestrebt werden.

Die Beitragsabstufungen und die maximale Beitragshöhe nach Standardarbeitskraft dürfen bei einem Einstieg in die neuen Programme nicht zu einer Schlechterstellung gegenüber heute führen. Insbesondere der vorgesehene minimale Tierbesatz führt gemäss groben Berechnungen dazu, dass eine ganze Anzahl traditionell sehr extensive Jurabetriebe die Versorgungssicherheitsbeiträge nur erhalten, wenn sie den Tierbestand aufstocken. Das kann aber kaum die Absicht sein.

Die Einführung einer dritten Qualitätsstufe bei den Biodiversitätsförderflächen (BFF) und die Ausdehnung gewisser Beitragsarten ins Sömmerungsgebiet bedingt einen massiven Umbau unseres bisherigen Stufenmodells mit dem kantonalen Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft (MJPNL). Es sind deshalb alle (!) Neuerungen bereits auf das Jahr 2014 einführen, da wir sonst mit einem erheblichen Mehraufwand rechnen müssen. Das Argument der Abstimmung mit den Programmvereinbarungen nach NFA ist für uns nicht stichhaltig, da weiterhin auch Massnahmen nach NHG nötig sind.

Beim BFF-Typ «Uferbereich entlang von Fliessgewässern» besteht zwingender Handlungsbedarf. Da diese Flächen in den vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen nur zur Betriebsfläche, nicht aber zur LN zählen, sind weder Kulturlandschafts- noch Versorgungssicherheitsbeiträge vorgesehen. Mit dem vorgeschlagenen Beitrag von 300 Franken pro Hektare wird die Akzeptanz dieses BFF-Typs verschwindend klein sein, was die Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes betreffend die Bewirtschaftung der Gewässerräume erheblich erschwert. Entweder muss dieser BFF-Typ weiterhin als LN anerkannt bleiben oder der Beitrag für die Qualitätsstufe I wird entsprechend erhöht.

Die Beiträge für die Qualitätsstufe III sollten zusätzlich zu den nationalen Inventarflächen für weitere Flächen gewährt werden können, sofern eine festzulegende floristische Qualität nachgewiesen wird und eine schriftliche Nutzungs- und Schutzvereinbarung mit dem Kanton besteht. Es soll das Prinzip *gleiche Beiträge für gleiche Leistung* zur Anwendung kommen.

Die vorgesehene Reduktion der Vernetzungsbeiträge wird als sehr kritisch eingestuft. Sie führt einerseits zu falschen Signalen gegenüber den an Vernetzungsprojekten beteiligten Landwirten: Geringere Beiträge für gleiche Leistung. Andererseits führt diese Reduktion auch dazu, dass die Trägerschaften bis zu sechs Jahre nicht die finanzielle Entlastung erfahren werden, welche ihnen in Aussicht gestellt worden ist. Sie müssen nämlich den Landwirten für die in den laufenden Verträgen vereinbarten Beiträge bis Ende der Periode Besitzstand gewähren. Dies kann sich für die Lancierung von Landschaftsqualitätsprojekten mit regionaler/kommunaler Trägerschaft negativ auswirken.

Eine Limitierung sowohl der Beiträge, als auch der Projekte bei der Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge lehnen wir entschieden ab. Diese führt zu Ungleichbehandlung oder zu wenig attraktiven Beitragsansätzen. Wenn diese Massnahme Erfolg haben soll, darf der Einstieg nicht auf diese Art in Frage gestellt werden. Dies würde von den Landwirten nicht verstanden. Allenfalls müsste eine gesamthafte Verschiebung der Einführung dieser Massnahme zB. auf das Jahr 2016 geprüft werden. In der Zwischenzeit wäre ein Zusatzbeitrag bei den Versorgungssicherheits- und Offenhaltungsbeiträgen auszurichten.

Die Koordinationsmöglichkeit von Vernetzungs- und Landschaftsqualitätsprojekten wird ausdrücklich begrüsst. Indem die bestehenden Strukturen der Vernetzungsprojekte übernommen werden können, kann der administrative Aufwand bei der Umsetzung der Landschaftsqualitätsprojekte tief gehalten werden.

Die bei den Vernetzungsprojekten vorgesehenen administrativen Vereinfachungen sind zu begrüßen, wobei diese aber konsequenter umgesetzt werden sollten. Potential wird bei den Feldbegehungen zur Überprüfung der Auswahl von Ziel und Leitarten, der Definition von Wirkungszielen sowie den umfangreichen Kontrollen geortet.

Für die Qualitätsstufen II (inkl. neu für die Sömmerung) und III sowie für die Vernetzung sind präzisierende Wegleitungen, Weisungen und Vollzugshilfen vorgesehen, welche im Rahmen der aktuellen Anhörung nicht zugänglich sind. Für die Beurteilung der Vollzugstauglichkeit der vorliegenden Ausführungsbestimmungen sind jedoch diese Präzisierungen entscheidend. Entsprechend sollen sich die zuständigen kantonalen Amtsstellen bei deren Ausarbeitung beteiligen können. Bereits vom BLW genehmigte kantonale Arbeitshilfen sollen nicht grundsätzlich verändert und angepasst werden müssen.

Die mit den Ressourceneffizienzbeiträgen geförderten Massnahmen haben grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Ressourcen Boden, Wasser oder Luft. Es besteht aber auch das Risiko, dass sich einzelne Massnahmen für eine Ressource positiv auswirken, gleichzeitig aber eine andere Ressource negativ beeinflussen können. So führt die Förderung von reduzierter Bodenbearbeitung mit Massnahmen wie Direkt- und Mulchsaat oft zu einem erhöhten Einsatz von Herbiziden, mit möglichen negativen Auswirkungen für Gewässer oder Bodenleben. In dieser Hinsicht begrüßen wir die Abgeltung von herbizidloser reduzierter Bodenbearbeitung gemäss Art. 77.

Grundsätzlich begrüßen wir die Einführung des neuen Produktionssystems einer graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion. In der vorliegenden Form ist das System aber vor allem für die Milchproduktion und das Talgebiet nicht attraktiv. Es wäre weiter zu prüfen, ob sich die bei uns seit Jahren unterstützte Arbeitsteilung BERG/TAL nicht auch als Produktionssystem definieren liesse.

Die vorhandene Dualität zwischen der DZV- und Veterinärgesetzgebung wird zu wenig konsequent umgesetzt bzw. eliminiert. Nur die Klärung dieser Problematik führt zu Rechtssicherheit und zu klaren Vollzugsbedingungen. Der Tierschutz soll weiterhin Bestandteil des ÖLN bleiben. Allerdings ergibt sich insgesamt für den Schnittbereich Tierschutz in Betrieben mit ökologischem Leistungsnachweis noch kein ausreichend klares Normengerüst, welches die organisatorischen Vorgaben und Zuständigkeiten festhält. Zudem ist die Begriffsverwendung uneinheitlich (Kontrollorganisation, Kontrollen....), was die Anwendung und Umsetzung der Verordnung zusätzlich erschwert.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 2, Buchstabe b, Ziffer 4 (neu) (DZ-Arten)	Besteht aus einem: Versorgungssicherheitsbeitrag pro Bienvolk (auch Ergänzung in Art. 3)	Um die Versorgungssicherheit mit Obst und anderen Früchten sicherstellen zu können, leisten die Imker mit ihren Bienvölkern einen grossen Beitrag. Da viele Imker pensioniert sind, sollen sie trotzdem vom Versorgungssicherheitsbeitrag für Imker profitieren können. Allerdings ist eine Mindestanzahl Völker festzulegen.
Art. 4 (Ausbildung)	Aufnahme der bisherigen Regelung Art. 73a DZV	Die bisherige Regelung mit einer Erleichterung für Ehepartner bei Erreichen der Altersgrenze hat sich bewährt und soll weiter geführt werden.

2. Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)

<p>Art. 4, Abs. 2, Bst. a</p>	<p>Aufnahme des Erfordernisses, dass eine Ausbildung innert 3 Jahren abgeschlossen werden muss.</p>	<p>Die bisherige Regelung, dass die Ausbildung innert zwei Jahren abgeschlossen werden muss, fehlt hier. Neu ist die volle Ausbildung auf drei Jahre ausgelegt und da würde es Sinn machen, das so aufzunehmen. Eine allfällig notwendige Rückzahlung bei Nichtbestehen der Prüfung wird schon heute von den Kantonen problemlos vollzogen.</p>
<p>Art. 6, Abs. 3 (<i>Abstufung pro SAK</i>)</p>	<p>Limite von max. 80'000 Franken / SAK überprüfen</p>	<p>Vor allem bei vieharmen Betrieben mit viel Ökoelementen kann eine weitere Ausdehnung der letzteren zu einer unerwünschten Begrenzung durch die Obergrenze pro SAK führen.</p>
<p>Art. 9 (<i>ÖLN, Grundsatz</i>)</p>	<p>Die Nachweispflicht für den ÖLN muss beibehalten werden..</p>	<p>Die heute beim Gesuchsteller liegende Beweislast soll nicht umgekehrt werden. Andernfalls ist ein erhöhter Vollzugsaufwand zu erwarten.</p>
<p>Art. 15 (<i>ÖLN, Bodenschutz</i>)</p>	<p>Anforderungen an den Bodenschutz unter Berücksichtigung der Förderung der Biodiversität überprüfen.</p>	<p>So absolut formuliert führt Art. 15 längerfristig zum weitgehenden Verschwinden jeglicher spontaner Begleitvegetation und erschwert damit das Fördern der Biodiversität in Ackerkulturen. Beispiel: In abgeernteten Rapsfeldern, die bis Mitte Herbst brach liegen, können bis anhin förderwürdige Ackerbegleiter, z.B. die Kleinlingsfluren (Nanocyperion) der Lössgebiete aufkommen. Die neuen Regelungen bewirken, dass sogar einst häufige Arten, wie Niederliegendes Johanniskraut oder Sumpf-Ruhrkraut weiter zurückgedrängt werden.</p>
<p>Art. 27 (<i>Sömmerung: Weidepflege</i>)</p>	<p>Abs. 1 wie folgt ergänzen: Einzelne, spontan auftretende Gebüsche und Gehölze sind zur Erhöhung der Strukturvielfalt zulässig.</p>	<p>Ein radikales Putzen der Weiden ist zu vermeiden. Es entsteht zudem ein Widerspruch zu Kap. 2.4, Art. 60ff (<i>LQB</i>).</p>
<p>Art. 30 (<i>Sömmerung: Problempflanzen</i>)</p>	<p>Abs. 1: „bekämpfen“ durch „regulieren der Bestände“ ersetzen.</p>	<p>Das Überhandnehmen zu verhindern ist richtig. Das „Bekämpfen“ als Imperativ ist aber zu radikal. In der Praxis werden strengere kantonale Vereinbarungen regelmässig unterlaufen. Praxisbeispiel: „Disteln“ werden unter sich meist nicht unterschieden. Anstatt Massenbestände der Ackerkratzdistel zu regulieren, werden nicht selten auch Sumpf-Kratzdisteln, Karden und auch Silberdisteln bekämpft.</p>

<p>Art. 33, (i.V. Art. 27 LBV) (Tierbestand)</p>		<p>Die Deklaration der Pferde als Nutz- oder Heimtiere stützt sich auf die TAMV und hat eine Relevanz bei der Schlachtung von Pferden und der Verwendung des Fleisches als Lebensmittel. Es gibt keinen Zusammenhang mit dem ÖLN. Deshalb ist auf die vorgesehene Verwendung der Deklaration zu verzichten.</p>
<p>Art. 41 (Steillagenbeitrag)</p>	<p>Anstelle der Abstufung eine lineare Berechnung der Beiträge ab einem Steillagenanteil von 20 % vornehmen.</p>	<p>Mit den GIS-Daten ist eine solche Berechnung durchaus durchführbar und führt zu weniger Ungerechtigkeit an den Abstufungsgrenzen.</p>
<p>Art. 43 (Alpungsbeitrag)</p>	<p>Es ist eine Abstufung der Beiträge nach Tal und Berggebiet zu prüfen.</p>	<p>Betriebe im Talgebiet haben in der Regel die höheren Transportkosten auf die Sömmerungsflächen im Berggebiet. Mit einem höheren Beitrag werden diese Betriebe motiviert, Tiere in die Sömmerung zu geben, was ja der Grund dieses Beitrages ist.</p>
<p>Art. 47 (Versorgungssicherheitsbeitrag)</p>	<p>Für Bienen sollte pro Bienenvolk auch ein Versorgungssicherheitsbeitrag ausgerichtet werden. Es müsste aber eine Mindestlimite gelten. Vorschlag: 50.-/Volk.</p>	<p>Um die Versorgungssicherheit mit Obst und anderen Früchten sicherstellen zu können, leisten die Imker mit ihren Bienenvölkern einen grossen Beitrag. Da viele Imker pensioniert sind, sollen sie bei einer bedeutenden Bienenhaltung trotzdem vom Versorgungssicherheitsbeitrag für Imker profitieren können.</p>
<p>Art. 47, 49 und 50</p>	<p>Keine Beitragsgewährung bei offener Ackerfläche und über 35 Prozent Neigung.</p>	<p>Bei Hangneigungen von mehr als 35 Prozent und der Nutzung als offene Ackerfläche nimmt das Erosionsrisiko überproportional zu. Eine Beitragsgewährung steht daher im Widerspruch zum Erosionsschutz. Dies führt zudem zu einer Vereinfachung beim Vollzug.</p>
<p>Art. 47, Abs. 3 (Ausschlussflächen)</p>	<p>Auch für Christbaumkulturen sollen Versorgungssicherheitsbeiträge ausbezahlt werden.</p>	<p>Diese Kulturen lassen sich ohne weiteres wieder in Ackerland überführen und stehen oft sogar auf Fruchtfolgeflächen.</p>
<p>Art. 48 (Mindesttierbesatz)</p>	<p>Anpassung des Mindesttierbesatzes im Juragebiet (Herabsetzung)</p>	<p>Grobe Berechnungen haben gezeigt, dass eine bedeutende Anzahl traditionell sehr extensiv bewirtschaftete Jurabetriebe bei den vorgesehenen Mindesttierbesatzlimiten trotz Verwertung des Grundfutterpotenzials mit eigenen Tieren den Be-</p>

		<p>satz nicht erreichen und deshalb Futter zukaufen müssten um den Tierbestand entsprechend aufzustocken, damit sie die Versorgungssicherheitsbeiträge erhalten. Das kann aber sicher nicht die Absicht sein.</p>
<p>Artikel 51 (<i>Flächen im Ausland</i>)</p>	<p>Die Beitragsansätze für angestammte Flächen im Ausland sollten wie bisher 75% der Beitragsansätze im Inland beitragen.</p> <p>(Was ist mit Bio und Extenso?)</p>	<p>Bisherige Regelung hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Es sollen keine zusätzlichen Direktzahlungen ins Ausland abfliessen, denn für die Auslandflächen müssen nicht dieselben Anforderungen wie für die Inlandflächen erfüllt werden. Zudem dürfen die Auslandflächen nicht gleich gut kontrolliert werden wie die Inlandflächen.</p>
<p>Art. 52, Abs. 1, Bst. g (<i>BFF, Uferbereich</i>)</p>	<p>Indem der BFF-Typ «Uferbereich entlang von Fliessgewässern» aus der LN ausgeschlossen wird, entsteht im Vergleich zu den anderen Kulturen bezüglich den Beiträgen eine Unausgewogenheit: Es würden nur Biodiversitäts- und LQ-Beiträge gewährt. CHF 300.- für die Biodiversitätsbeiträge Qualitätsstufe I sind deshalb eindeutig zu tief angesetzt.</p> <p>Vorschlag: Der Typ «Uferbereich entlang von Fliessgewässern» bleibt in der LN. Entsprechend werden die Kulturlandschafts-, Versorgungssicherheits- und Produktionssystembeiträge für diese Flächen gewährt.</p>	<p>Dieser BFF-Typ wurde geschaffen, um eine massvolle Umsetzung der Gewässerschutzgesetzgebung bezüglich Bewirtschaftung der Gewässerräume zu ermöglichen. Die vorgeschlagenen moderaten Bewirtschaftungsanforderungen für die Qualitätsstufe I bieten an sich eine gute Lösung für die Umsetzung. Aufgrund des Missverhältnisses der Beitragshöhe im Vergleich zu den anderen Kulturen ist dieser BFF-Typ für die Landwirte nicht attraktiv und trägt damit nicht zur Entschärfung der Problematik rund um die Umsetzung der Gewässerschutzgesetzgebung bei.</p> <p>Indem der Uferbereich entlang von Fliessgewässern in der LN belassen wird, steigt die Akzeptanz der Landwirte gegenüber diesem BFF-Typ erheblich. Die Umsetzung dieses BFF-Typs wird durch Unklarheiten bzw. Unstimmigkeiten in Bezug auf den Gewässerraum gemäss GSchV erschwert. Da der Gewässerraum weiterhin als Fruchtfolgeflächen angerechnet werden kann, sollten diese Flächen auch als landwirtschaftliche Nutzflächen gelten.</p>

Art. 52, Abs. ?	Bienenweide aufnehmen	Es fehlt das sich in Prüfung befindliche neue Element der Bienenweide, welches in den Tests bisher sehr gute Resultate erzielt hat. Die Aufnahme als neues Element sollte deshalb nicht hinausgeschoben werden.
Art. 53, Abs. 1 (BFF, Qualitätsstufen)	m-p ersetzen durch: m,n,p	Für artenreiche Grün- und Streueflächen im Sömmerungsgebiet sollen auch Beiträge der Q-Stufe I entrichtet werden.
Art. 55, Abs. 3 (BFF, Problempflanzen)	Ergänzen: „... sind <i>grundsätzlich mechanisch</i> zu bekämpfen.“	Auf BFF soll als Grundsatz die <i>mechanische</i> Bekämpfung von Problempflanzen explizit erwähnt werden.
Art. 55, Abs. 7 (BFF, Saatmischungen)	Ergänzen: ... die von Agroscope <i>oder von den kantonalen Fachstellen</i> für die jeweilige Biodiversitätsförderfläche empfohlen sind...“	Die bisherige, erfolgreiche Verwendung von Saatgutmischungen der kantonalen Naturschutzfachstelle muss auch weiterhin möglich sein.
Art. 56, Abs.3 (BFF, Bot. Qualität)	Letzter Satz: streichen!	Um regionale Besonderheiten berücksichtigen zu können, ist es zweckmässig, dass die Kantone auch im Sömmerungsgebiet andere Grundlagen für die Bewertung der botanischen Qualität verwenden können. Beispiel: Sömmerungsweiden im Jura liegen z.T. auf Höhen unter 500 m in ausgeprägt trockenwarmem Klima (z.B. Laufental, Thierstein und Dorneck). Ihre botanischen Qualitäten nach den gleichen Kriterien zu beurteilen wie Sömmerungsweiden oberhalb der Waldgrenze in den niederschlagsreichen Nordalpen ist unmöglich!
Art. 57, Abs.1, Bst. a (BFF, Q-Stufe III)	Korrektur: ... nach Art. 52 Absatz 1 Buchstaben a-f angemeldet sind (statt a-e).	Hecken-, Feld- und Ufergehölze sollen in Q-Stufe III nicht ausgeschlossen werden, sonst führt dies zu einer unerwünschten Verarmung der Strukturvielfalt.
Art. 58, Abs. 4 (BFF, Vernetzung)	Keine Reduktion der Beitragshöhe gegenüber heutigem Zustand bzw. Erhöhung des Vernetzungsbeitrags zulasten des Beitrags für die Qualitätsstufe II.	Es bestehen bei uns bereits viele Vernetzungsprojekte mit festgelegtem Beitrag von CHF 1000.-/ha (TZ-BZII) und daran geknüpfte Auflagen. Eine Reduktion in diesem Bereich ist nicht plausibel, denn die Beiträge sind bereits heute an definierte Leistungen geknüpft. Durch eine Beitragsreduktion bei gleich bleibenden Anforderungen wird die Glaubwürdigkeit bzw. das Vertrauen in die Projekte, an welchen sich die Landwirte mit der neuen Agrarpolitik vermehrt beteiligen

		sollen, gefährdet. In solchen Projekten ist eine Konsolidierung/Kontinuität entscheidend für die Akzeptanz in der Praxis.
Art. 60 (Landschaftsqualität)	Eine Limitierung der Beiträge und/oder Projekte wird entschieden abgelehnt. (streichen von Art. 112, Abs. 7)	Eine Limitierung führt zu Ungleichbehandlung oder zu wenig attraktiven Beitragsansätzen. Wenn diese Massnahme Erfolg haben soll, darf der Einstieg nicht auf diese Art in Frage gestellt werden. Dies würde von den Landwirten nicht verstanden. Allenfalls könnten wir uns eine Verschiebung der Einführung bis zB. 2016 vorstellen. Dann müsste aber in der Zwischenzeit ein Zusatzbeitrag bei den Versorgungssicherheits- und Offenhaltungsbeiträgen ausgerichtet werden.
Art. 68 (Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion)	Das Produktionssystem „Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion“ ist so neu zu definieren, dass (unabhängig von den Zonen) zwei Qualitätsgruppen gebildet werden, ein vernünftiger Maisanteil (zB. 30 %) ermöglicht und Raufutterzukäufe unterbunden werden (betriebseigene Futterbasis!). Die Berechnung muss zudem auf den bestehenden Agrardaten (Grünlandfläche) basieren.	In der vorliegenden Form ist das System vor allem für die Milchproduktion und das Talgebiet nicht attraktiv. Auch wird es von den Konsumenten nicht verstanden, wenn sogar ausländisches Heu zum Einsatz gelangen kann.
Art. 69 (Grundsatz Tierwohlbeiträge) und Art. 72 (RAUS) Neues Programm „konsequente Weidehaltung“	Art. 69 um Absatz 3 (neu) erweitern: Für Tierkategorien, die vom 1. Mai bis mindestens zum 31. Oktober in einem konsequenten Weideprogramm gehalten werden, wird ein Weidezuschlag ausgerichtet. Art. 72 ergänzen: Die Anforderungen an ein konsequentes Weideprogramm sind in Anhang 6, Ziffer xxx festzulegen. → Anhang 6 muss überarbeitet werden; darin müssen auch die Anforderungen «konsequentes Weideprogramm» festgelegt werden. Im Anhang 7 müssen die Beitragsansätze als RAUS-Zuschlag für «konsequentes Weideprogramm» definiert	Das Formulieren der regelmässigen, konsequenten Weidehaltung als Beitragszuschlag würde den Vollzug wesentlich vereinfachen. Die Anzahl der Betriebe, die den Raufutterverzehr vornehmlich in den Stallungen realisierten ist nämlich gross. Vor allem Pferde werden oft nicht genügend lange auf den Weiden belassen, damit überhaupt eine wesentliche Raufutteraufnahme erfolgt. Bei kleineren Trocken- oder längeren Nässeperioden werden diese Weideflächen daher zu reinen Auslaufkoppeln. Jene Betriebe, die einen sehr hohen Anteil des Futterverzehr auf der Weide erzielen, können nur über einen RAUS-Zuschlag für konsequentes Weiden gefördert werden.

		<p>Kontrollorganisationen zusätzliche Auflagen gelten. Der Sachverhalt wird zudem in Art. 95 genügend und gut geregelt: Abs. 3 legt richtig fest, dass der Bewirtschafter bei der Anmeldung eine Kontrollorganisation <u>oder</u> eine kantonale Behörde zur Kontrolle des ÖLN angeben muss, die die Voraussetzungen nach Art. 6 VKKL erfüllt. Es ist nirgends geklärt, dass in der DZV mit Kontrollstellen nur privatrechtliche Organisationen gemeint sind, was inhaltlich so festgelegt sein muss.</p>
<p>Art. 100, Abs. 3 (Bio-Kontrolle)</p>	<p>Widerspruch klären zwischen Art. 6 VKKL und Art. 100 Abs. 2 und 3</p>	<p>Vergleiche Bemerkungen zu Art. 100 Abs. 2</p>
<p>Art. 100, Abs.5 (Kontrollauftrag)</p>	<p>Teilt jeder Kontrollorganisation und jeder Behörde die Kontrollen durchführt mit</p> <p>Neuen Absatz einfügen, der erlaubt, dass die Kontrollselektion nach Art. 100, Absatz 5 teilweise oder vollständig delegiert werden kann und dass der Kanton Umfang und Vorgehen regelt.</p>	<p>Nach Art. 95 Abs. 3 wird zwischen Kontrollorganisation und kantonaler Behörde unterschieden. Hier müssen beide über die Betriebe informiert werden, die kontrolliert werden sollen. Der Begriff der Kontrollorganisation wird uneinheitlich verwendet. Es müssen immer dieselben Begriffe verwendet werden.</p> <p>Die Kontrollselektion soll analog Art. 102 Absatz 1 und 2 auch an akkreditierte Kontrollorganisationen delegiert werden können, wobei im Rahmen der Delegation geregelt werden soll, welche Teilschritte der Kontrollselektion in Eigenkompetenz des Kontrolldienstes fallen.</p>
<p>Art. 101, Abs. 2 (Kontrolle, Zweitbeurteilung)</p>	<p>Der Tierschutz ist hier wegen der Dualität der Gesetzgebung (Tierschutz und DZV) explizit zu erwähnen und es muss eine entsprechende Ausnahme formuliert werden.</p>	<p>In der TSch-Gesetzgebung ist im Gegensatz zur DZV die Möglichkeit der Nachkontrolle innert einer bestimmten Frist nicht gegeben. Es muss klar zum Ausdruck kommen, für welche Kontrollen eine Zweitbeurteilung verlangt werden kann: Aufgrund der Ergebnisse der Arbeitsgruppe BLW/BVET muss für die Kontrolle des Tierschutzes eine Ausnahmeregelung stipuliert werden, da die Kontrolle des Bereichs Tierschutz nach den organisatorischen Vorgaben der Tierschutzvollzugsbehörden und der Tierschutzverordnung erfolgen und das Ergebnis dann auch im Bereich der DZV relevant ist und da verwendet werden kann.</p>

2. Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)

Art. 101, Abs. 3 und 4 (Kontrollergebnisse)	Klären	Begriff „die vom Kanton bestimmte Organisation“ klären. Bezüglich Abs. 4 stellt sich die Frage, ob der Begriff „Koordinationsstelle“ hier falsch gewählt ist.
Art. 102, Abs. 3 (Kontrolle LQ und Vernetzung)	Der Kanton kann Kontrollen über die Bewirtschaftung von Objekten in Vernetzungs- und Landschaftsqualitätsprojekten nicht an die Projektträgerschaft delegieren.	Diese Delegation hat sich in unseren Vernetzungsprojekten bewährt und das Verantwortungsbewusstsein gefördert.
Art. 103, Abs. 1 Bst. b (Kürzungen)	Es soll definiert werden, was unter „erschwerten Kontrollen“ zu verstehen ist.	Für den Vollzug und die Rechtssicherheit sind klare, konkrete Bedingungen festzulegen, was erschwerte Kontrollen bedeutet.
Art. 103, Abs. 1, Bst. f	Es ist zu definieren, was unter dem Begriff „kürzungsrelevant“ zu verstehen ist.	Für den Vollzug und die Rechtssicherheit sind klare, konkrete Mängel festzulegen, die zu Abzügen oder Kürzungen führen.
Art. 103, Abs. 2	Präzisieren, dass im Bereich TSch die Protokolle der Kontrollen mit den festgestellten Mängel Verfügungscharakter haben und damit genügen für Kürzungsmassnahmen.	Es muss sichergestellt werden, dass die Formulare (Checklisten) mit den festgestellten Mängeln Verfügungscharakter haben und damit ohne weitere Formalitäten als rechtskräftiger Entscheid im Sinne von Art 103 Abs. 2 gelten. So müssen aufgrund des Kontrollergebnisses im TSch die DZ-Beiträge ohne zusätzlichen rechtskräftigen Entscheid gekürzt werden können.
Art. 106 (Abrechnung)	Um die Abgrenzung zwischen zwei Bewirtschaftern klar zu regeln muss unbedingt ein Stichtag festgelegt werden.	
Art. 115, Abs. 2 (Inkraftsetzung Q-Stufe III)	streichen	Die Umstellung hat grosse Auswirkungen auf unser Stufenmodell. Ein doppelter Aufwand mit unterschiedlicher Inkraftsetzung muss unbedingt vermieden werden.
Art. 115, Abs. 3 (Inkraftsetzung Hangneigung)	Inkraftsetzung per 01. Januar 2014	Diejenigen Kantone, die die dritte Hangstufe berechnen können, sollen in der Einführung nicht behindert werden. Wir haben entsprechende Anstrengungen unternommen und

		werden die neue Hangstufe per 2014 einführen können.
Anhang 1, Ziff. 2.1 (ÖLN: Nährstoffbilanz)	Absatz 6 (im Zuströmbereich nur 90 % P) streichen	Es handelt sich um eine deutliche Verschärfung gegenüber heute. Bisher wurden nur die Betriebe eingeschränkt, die Hofdünger weggeführt haben. Neu würden alle Betriebe im Zuströmbereich eingeschränkt. Regionalspezifische Einschränkungen sind mit der nationalen DZV nicht vereinbar.
Anhang 1, Ziff. 3.2, Bst. b., Abs. 2 (BFF, Ruderalflächen)		Bemerkung: Funktioniert nur in Abwesenheit invasiver Neophyten!
Anhang 1, Ziff. 4.2 (Max. Anteil Hauptkulturen)	Es muss zwischen Raps allein (25 %) und Raps und Sonnenblumen (33%) unterschieden werden.	
Anhang 1, Ziff. 4.3 (Anbaupause)		Formulierung von Absatz 1 kann falsch verstanden werden. Es dürfen nicht die maximalen Anteile nach Ziffer 4.2 (=Betriebsbezug) nicht überschritten sein, sondern die Anbaupause der Kulturen je Parzelle muss so definiert sein, dass pro Rotation die Werte der Ziffer 4.2 eingehalten werden können.
Anhang 1, Ziff. 5.1 (Bodenbedeckung)	<p>Vorschlag:</p> <p>Bei Kulturen, die bis zum 31. 8. geerntet werden, muss eine Gründüngung oder Zwischenfutter angesät werden.</p> <p>Erfolgt die Ansaat im Talgebiet vor dem 1. September bzw. im Berggebiet vor dem 15. September, muss die die Bodenbedeckung der betreffenden Parzelle bis mindestens zum 15. November erhalten bleiben.</p> <p>Erfolgt die Ansaat nach den obigen Terminen, dann muss die Bodenbedeckung auf der betreffenden oder einer mindestens gleich grossen anderen Fläche bis zum 15. Februar erhalten bleiben.</p> <p>Erfolgt die Ansaat einer Winterkultur, dann gilt die Boden-</p>	Die Formulierung ist schlecht verständlich. In den Darstellungsfolien wird zudem ein Unterschied zwischen Kulturen bis zum 31. 8. und ab 1. 9. geerntet gemacht. Diese Aufteilung ist in der Formulierung nicht zu finden. Auch die Ansaat von Winterkulturen nach einer Ernte vor dem 31. 8. fehlt in der Formulierung.

	<p>bedeckung als erfüllt.</p>	
<p>Anhang 1, Ziff. 9, Abs. 5 (Pufferstreifen)</p>	<p>Absatz 5 ist mit den folgenden zwei Anforderungen zu Regeln:</p> <p>Grünlandstreifen bei Gewässern ohne festgelegten Gewässerraum:</p> <p><u>Breite</u> des sichtbaren Grün- oder Streuflächenstreifens: 6 m.</p> <p><u>Pflanzenschutz</u>: ab Sohlenrand gemessen darf auf den ersten drei Metern kein Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Ab dem 4. Meter ist die Einzelstockbekämpfung von Problemunkräutern zulässig.</p> <p>Einsatz von <u>Hof- und Handelsdünger</u>: ab Böschungsoberkante gemessen darf auf den ersten drei Metern kein Dünger ausgebracht werden.</p> <p>Grünlandstreifen bei Gewässern mit festgelegtem Gewässerraum:</p> <p><u>Breite</u> des sichtbaren Grün- oder Streuflächenstreifens --> gemäss Festlegung Gewässerraum.</p> <p><u>Pflanzenschutz</u>: ab Sohlenrand gemessen darf auf den ersten drei Metern kein Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Ab dem 4. Meter ist die Einzelstockbehandlung von Problemunkräutern zulässig.</p> <p>Einsatz von <u>Hof- und Handelsdünger</u>: Im Gewässerraum dürfen keine Dünger eingesetzt werden.</p>	<p>Bezüglich den Abstandsregelungen entlang von Gewässern dürfen die in der Praxis bewährten Messmethoden (Merkblatt Pufferstreifen) nicht geändert werden. Die erwünschte Harmonisierung soll im Zusammenhang mit der Ausscheidung des Gewässerraumes erreicht werden.</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.1 (Ext. Wiesen)</p>	<p>Extensive Wiesen Qualitätsstufe I:</p> <p>Die Fläche muss eine Durchschnittsbreite von 6m aufweisen und darf nicht als Wendestreifen für die Bewirtschaftung</p>	<p>Gemäss Vorschlag gelten keine Mindestmasse und auch keine Vorgabe an die Lage der Flächen mehr (Anhauptseite). Jedes Bankett wird also zur Extensiven Wiese.</p> <p>Mit einer minimalen Breitenvorgabe kann der Vollzugsauf-</p>

	<p>tung von Nachbarflächen verwendet werden.</p>	<p>wand (vor allem die digitale Erfassung im GIS) auf das realistische Mass gebracht werden.</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.1, Abs. 1 (Anforderungen Q-Stufe I)</p>	<p>„Die Flächen müssen jährlich mindestens einmal gemäht und dürfen nicht gedüngt werden.“</p>	<p>Die Biodiversität lässt sich gemäss unseren langjährigen Erfahrungen nur auf Extensivwiesen ohne Düngung fördern.</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.1, Abs. 2 (Schnittzeitpunkt)</p>	<p>Neuformulierung: „Bei Vorliegen einer Vereinbarung mit der zuständigen kantonalen Fachstelle kann der Schnittzeitpunkt nach Absatz 1 abweichen.“</p>	<p>Abweichungen sind generell zu ermöglichen, wenn dies naturschützerisch Sinn macht. Dies betrifft insbesondere sog. Rückführungswiesen.</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.3 (Ext. Weiden)</p>	<p>Extensive Weiden Qualitätsstufe I:</p> <p>Mindestfläche beträgt 20 Aren.</p> <p>Auf der Weide, auf Nebenflächen wie auch im Stall darf während der Bestossungsdauer keine Zufütterung erfolgen.</p> <p>Die Extensive Weide muss als eigenständige Bewirtschaftungsparzelle eingezäunt sein.</p>	<p>Die Anforderungen in der Qualitätsstufe I dürfen nicht auf einer Bestandesbeurteilung basieren, sondern müssen kontrollierbare oder zumindest klar und einfach beurteilbare Kriterien sein. Eine Mindestfläche ist nötig um Flächen verwalten/kontrollieren zu können.</p> <p>Ab Qualitätsstufe II könnte auf die einschränkenden Anforderungen bez. Zufütterung verzichtet werden.</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.6 Qualitätsstufe II, Absatz 1</p> <p>Absatz 2</p>	<p>„standortheimische“ statt „einheimische“...</p> <p>Ergänzung: „Ausgenommen sind Uferbestockungen, die vorwiegend aus Erlen bestehen“.</p>	<p>Präzisierung.</p> <p>Naturnahe Uferbestockungen, in denen die Erle dominiert, werden nach Vorgaben der kantonalen Naturschutzfachstelle, mit Konsultation der kantonalen Fachstelle für Gewässerunterhalt, bewertet.</p>
<p>Anhang 4 Ziffer 1.8 und 1.9 (Bunt- bzw. Rotationsbrache)</p>	<p>Nach Bunt- und Rotationsbrachen (allenfalls mit Verlängerung) ist während mind. 3 Jahren eine andere Kultur anzubauen.</p> <p>Qualitätsstufe I</p> <p>Der Betrieb darf maximal auf 25% (evtl. 33,33%) der offenen Ackerfläche Bunt- bzw. Rotationsbrachen anbauen.</p> <p>Die Fläche muss eine Durchschnittsbreite von 6m aufwei-</p>	<p>Damit soll der Unkrautproblematik vorgebeugt und der Vollzug vereinfacht werden. In Art. 55 sind zudem keine Ausschlusskriterien bei unbefriedigenden/vergrasteten Brachen definiert. Ebenso gibt es auch keine Beitragskürzungsvorgaben in Anhang 8, Ziffer 1.2</p> <p>Eine Vorgabe, wonach nebst Brachen auch andere offene Ackerkulturen vorhanden sein müssen, erleichtert den Vollzug und erhöht die Möglichkeit einen konstanten Anteil an</p>

	<p>sen darf nicht als Wendestreifen für die Bewirtschaftung von Nachbarflächen verwendet werden.</p> <p>Wenn von der botanischen Zusammensetzung her die typischen Pflanzenarten nicht mehr dominieren, muss auf die nächste Vegetationsperiode hin eine Sanierung, eine Neuanlage oder die Nachfolge durch eine Ackerkultur erfolgen.</p>	<p>BFF auf dem Betrieb zu halten.</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.12, Abs. 7 (Hochstammbäume)</p>	<p>Nebensatz streichen.</p>	<p>Es gibt bewährte Praktiken ohne Herbizide, auch bei jungen Bäumen, um, die den Stamm frei zu halten..</p>
<p>Anhang 4, Ziff. 1.12, Abs. 8 (Baumdüngung)</p>	<p>Streichen; gezielte Baumdüngung erlauben</p>	<p>Ohne Düngung gehen die Bäume in extensiv genutzten Wiesen ein. Ausserdem ist der Vollzug nicht durchführbar.</p> <p>In Hochstamm-Kirschen fehlt so überdies die entsprechende Zurechnungsfläche um Qualitätsstufe 2 zu erreichen.</p>
<p>Anhang 7, Ziff. 3.1, Q-Stufe I</p>	<p>Beiträge erhöhen</p>	<p>Gegenüber heute sinken die Beiträge bei den extensiv und wenig intensiv genutzten Wiesen insgesamt in vielen Fällen, v.a. wenn der Versorgungssicherheitsbeitrag aufgrund eines zu tiefen Mindesttierbesatzes nicht gewährt wird. Mit dem Beitrag für die Qualitätsstufe II kann dies zwar kompensiert werden, wobei sich die floristische Qualität aber nicht auf beliebigen Flächen verbessern lässt.</p> <p>Gegenüber heute sinken auch die Beiträge bei den BFF-Typen auf Ackerland insgesamt deutlich. Im Gegensatz zu den Wiesentypen ist hier kein Beitrag für die Qualitätsstufe II vorgesehen. Einzige Kompensationsmöglichkeit sind die LQ-Beiträge. Bereits heute lassen sich im Rahmen der Vernetzungsprojekte Massnahmen auf Ackerland nur zögerlich umsetzen. Eine sinkende finanzielle Attraktivität der BFF-Typen auf Ackerland stehen im Konflikt mit den im Anhang 4, Ziffer 2.2 definierten quantitativen Umsetzungszielen, insbesondere in Ackerbaugebieten. Die Beiträge müssten unter diesem Gesichtspunkt eher erhöht als gesenkt werden.</p>

<p>Extensiv genutzte Wiesen und Streueflächen</p> <p>Wenig intensiv genutzte Wiesen</p> <p>Hecken, Feld- und Ufergehölze</p> <p>Uferbereich entlang von Fliessgewässern</p> <p>Artenreiche Grün- und Streueflächen im Sömmerungsgebiet</p> <p>Standortgerechte Einzelbäume und Alleen</p>	<p>Vorschlag:</p> <p>Bei QS III: Fr. 700.--/ ha und Jahr anstatt Fr. 200.--/ha und Jahr. Einheitsbeiträge bei der Talzone bis Bergzone II einsetzen.</p> <p>Bei QS III Beiträge streichen.</p> <p>Bei QS III Fr. 700.--/ha einsetzen.</p> <p>Bei QS I: Fr. 3'000.--, analog Hecken, Feld- und Ufergehölze.</p> <p>QS II und II: gleiche Beiträge wie bei extensiven Weiden und Waldweiden.</p> <p>„Standort<i>heimische</i>“ statt „standortgerechte“...</p>	<p>Verhältnis zu Abgeltungsbeiträgen bei QS II verringern. Eine Differenzierung innerhalb der genannten Zonen lässt sich weder ökologisch noch vom Aufwand her rechtfertigen.</p> <p>Hypothetische Beiträge.</p> <p>Ohne finanziellen Anreiz verlieren diese wichtigen Lebensräume an Bedeutung.</p> <p>Gleichstellung ist plausibel und zweckmässig.</p> <p>Gleichstellung ist plausibel und zweckmässig.</p> <p>Es sollen nur einheimische Baumarten gefördert werden.</p>
<p>Anhang 8, Ziff. 1.2 (Kürzungen)</p>	<p>Die "temporäre, anderweitige Nutzung" von BFF-Flächen muss als vollziehbare Anforderung mit klaren Kriterien definiert werden. Erfolgt eine temporäre, anderweitige Nutzung von BFF-Flächen ohne vorgängige Meldung sollen keine Beiträge ausgerichtet und die Beiträge der beiden Vorjahre rückgefordert werden.</p>	<p>Aktuell ist jegliche anderweitige Nutzung von BFF-Flächen zulässig, sofern die Vollzugsstelle nicht eine Beeinträchtigung der Qualität nachweisen kann.</p> <p>Der Umfang von Freizeittätigkeiten auf Landwirtschaftsland ist immer noch am Zunehmen. Innerhalb eines klar geregelten Rahmens sollten "anderweitige Tätigkeiten" auch erlaubt werden können. Gewisse grössere Veranstaltungen kommen nicht darum herum auch BFF-Flächen zu beanspruchen. Jährlich wiederkehrende Veranstaltungen sollten aber ausgeschlossen sein.</p> <p>Die Regelung sollte aber nicht von der effektiven Auswirkung auf die Fläche ausgehen (Parkplatz bei Schönwetter vs. Parkplatz bei Regenwetter) sondern von Kriterien abhängig sein, die im Vorfeld eingeschätzt werden können.</p>

2. Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)

<p>Anhang 9 (Art. 114)</p> <p>ChemRRV, Anhang 2.5, Ziff. 1.1 Abs. 1</p>	<p>Pflanzenschutzmittel dürfen nicht verwendet werden in einem Streifen von sechs Metern Breite...</p>	<p>Harmonisierung der ChemRRV mit DZV Art.7 Abs.5. Auch in der neuen DZV (Anhang 1, 9 Pufferstreifen) ist für Pflanzenschutzmittel (PSM) ein 6 Meter breiter Pufferstreifen vorgesehen. Analog lautet auch das Merkblatt „Gewässerraum und Landwirtschaft): 6m für PSM.</p>
<p>Anhang 9 (Art. 114)</p> <p>ChemRRV, Anhang 2.5, Ziff. 1.1 Abs. 1 und Chem RRV, Anhang 2.6, Ziff. 3.3.1 Abs. 1, Buchstabe e</p>	<p>Der Pufferstreifen soll bei allen Gewässern ab dem Sohlenrand gemessen werden.</p>	<p>Harmonisierung mit DZV.</p> <p>Begründung siehe den Antrag unter DZV, Anhang 1, Ziffer 9, Abs. 5</p>
<p>Anhang 9</p>	<p>In der Gewässerschutzverordnung soll der Bewirtschaftungsbereich auch auf 10 km festgelegt werden</p>	<p>Harmonisierung mit SVV</p>

3. Kontrollkoordinationsverordnung / Ordonnance sur la coordination des contrôles / Ordinanza sul coordinamento dei controlli (910.15)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Um die Effizienz und die Glaubwürdigkeit der Kontrollen zu erhöhen, müsste die Koordination der Kontrollen nach Themen oder sogar nach Kontrollpunkten koordiniert werden und nicht nach Grundkontrollen, welche einen oder mehrere Bereiche des ganzen Betriebes umfassen. D.h. die VKKL muss in Zukunft ermöglichen, dass die Kantone die Grundkontrollen nach Themen (z.B. Tierschutz, Ethoprogramme, Pflanzenbau usw.) aufteilen und koordinieren können. Somit wäre es möglich, dass die Kontrollpunkte zeitgerecht kontrolliert werden können (z.B. Tierhaltung im Winterhalbjahr, Pflanzenschutz – Erosionsschutz im Sommerhalbjahr usw.)

Die Einschätzung, dass die Einführung neuer Bereiche, die kontrolliert werden müssen (Beitrag für graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion, Qualitätsbeiträge Stufe II und III und Landschaftsqualitätsbeiträge etc.) einen sich in Grenzen haltenden Mehraufwand ergeben soll, kann nicht nachvollzogen werden und wird nicht unterstützt. Tatsache ist, dass alle bestehenden Programme weitergeführt werden. Alle zusätzlichen Bereiche bedeuten aber Mehrarbeit, die bewältigt und finanziert werden muss.

Der Kombination der Kontrollen sind Grenzen gesetzt. Wenn die Qualität der Kontrollen weiterhin hoch gehalten werden soll, ist eine bedingungslose Kombination aller Kontrollbereiche abzulehnen. Ausserdem besteht die Tendenz, die Checklisten für die einzelnen Bereiche mit weiteren Kontrollpunkten aufzublähen. Diese Tendenz fördert die Kombinationsmöglichkeiten der einzelnen Kontrollen nicht. Die Kontrollen müssen für den Kontrolleur und für den Landwirt fachlich korrekt und in einer angemessenen Zeit zu bewältigen sein (wie viel „Kontrollinhalt“ ist pro Betriebsbesuch einem Betriebsleiter oder einer Betriebsleiterin zumutbar?)

Aufgrund der Erfahrungen im Vollzug drängt sich eine Differenzierung der verschiedenen Betriebsformen auf. In Anbetracht eines risikobasierten Kontrollmodells muss insbesondere zwischen Ganzjahres- und Sömmerungsbetrieben unterschieden und die Kontrollfrequenzen entsprechend angepasst werden.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 3	Bei risikoarmen Betrieben können bei den Strukturdaten die Zeiträume verlängert werden	Werden Betriebe mit Geodaten erfasst und sind nur Tierbestände vorhanden, die anderweitig registriert werden, sollten die Betriebe nicht routinemässig im normalen Kontrollintervall auf Strukturdaten geprüft werden müssen.
Art. 3, Abs.1	Anpassen des maximalen Abstandes zwischen den Grundkontrollen bei Sömmerungsbetrieben	Sömmerungsbetriebe dürfen nicht mit Ganzjahresbetrieben gleichgestellt werden. Die Sömmerungsbetriebe sind rund 90 - 100 Tage in Betrieb – im Gegensatz zu den Ganzjahresbetrieben, die 365 Tage im Jahr tierische Lebensmittel produ-

3. Kontrollkoordinationsverordnung / Ordonnance sur la coordination des contrôles / Ordinanza sul coordinamento dei controlli (910.15)

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		zieren. Dadurch ändert sich das Risiko. Ebenso verringert sich das Risiko in Sömmerungsbetrieben ohne Milchproduktion erheblich, so dass bei Sömmerungsbetrieben mit Milchproduktion ein maximaler Abstand von 8 Jahren zwischen den Grundkontrollen gerechtfertigt ist und bei Sömmerungsbetrieben ohne Milchproduktion ein Abstand von 12 Jahren genügt.
Art. 4, Abs. 4 (i.V.m. Bio-Vo Art. 30)	Artikel klar formulieren	Sind bei einer Grundkontrolle im betreffenden Kontrolljahr 2 Kontrollen vorgesehen oder entfällt die Bio-Kontrolle?
Anhang 1, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz	Es sind die maximalen Abstände zwischen den Grundkontrollen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und Tierschutz wie folgt zu ergänzen: • Sömmerungsbetriebe mit Milchproduktion 8 Jahre • Sömmerungsbetriebe ohne Milchproduktion 12 Jahre	Bemerkungen siehe Art. 3, Abs. 1
Anhang 1, Andere Bereiche	Anbindehaltung von Freibergerpferden	In der Tierzuchtverordnung ist keine Anbindehaltung von Pferden erwähnt, sie ist gemäss Tierschutzgesetzgebung verboten. Was wird mit diesem Vermerk bezweckt?

4. Einzelkulturbeitragsverordnung / Ordonnance sur les contributions à des cultures particulières / Ordinanza sui contributi per singole colture (910.17)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:		
<p>Im Rahmen der DZV muss der Betrag, welcher pro SAK im Maximum bezogen werden kann (Vorschlag BLW: 80'000.-/SAK) auf max. 100'000.-/SAK angehoben werden. Ackerbaubetriebe verlieren im Vergleich zum bisherigen System insgesamt an Direktzahlungen. Bisher wurden die Beiträge nach ABBV ausserhalb der SAK-Begrenzung ausbezahlt. Bei einer Limitierung der SAK-Begrenzung besteht das Risiko, das weniger förderwürdige Kulturen angebaut werden, da ab einer gewissen Grenze keine zusätzlichen DZ mehr bezogen werden könnten.</p>		
Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1.1 Einzelkulturbeiträge	<p>1 Einzelkulturbeiträge werden für Flächen mit den folgenden Kulturen ausgerichtet:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Futtergetreide (ohne Mais) b. Raps, Sonnenblumen, Ölkürbisse, Öllein, Mohn und Safflor; c. Saatgut von Kartoffeln, Mais, Futtergräsern und Futterleguminosen; d. Soja; e. Ackerbohnen, Eiweisserbsen und Lupinen zu Futterzwecken; f. Zuckerrüben zur Zuckerherstellung. ... <p>3 Der Beitrag für Futtergetreide wird entrichtet, wenn die Getreidesorte in der „Liste empfohlener Getreidesorten“ vom ... von swissgranum aufgelistet wird.</p>	<p>Es werden keine Einzelkulturbeiträge für Futtergetreide vorgeschlagen. Dies ist vor dem Hintergrund der Parlamentsentscheide nicht nachvollziehbar. Die Wirtschaftlichkeit von Futtergetreide ist gering. Mit den vorgeschlagenen Änderungen im Rahmen der AP 14-17 wird diese weiter sinken. Der Abwärtstrend beim Anbau von Futtergetreide ist jetzt schon erkennbar. Korrekturen sollten nicht erst auf der Talsohle erfolgen, wenn Produzenten als auch Verarbeiter schon aufgegeben haben. Es kann nicht sein, dass das Brotgetreide durch den tieferen Referenzpreis und den tieferen Zollansatz geschwächt wird, damit das Futtergetreide gestärkt werden kann (Agrareinfuhrverordnung). In Randregionen des Ackerbaus dient der Futtergetreideanbau der Aufrechterhaltung des Ackerbaus und damit auch der Erhaltung der Verarbeitungskette. Insbesondere regionale Getreidemöhlen sind auf die inländische Futtergetreideproduktion angewiesen.</p>
Art. 1.1 Einzelkulturbeiträge	Weitere innovative Kulturen mit einheimischer Verarbeitung sollten ebenfalls gefördert werden.	Beispielsweise der Anbau von Braugetreide. Oder es sollte definiert werden, nach welchen Kriterien die Kulturen förderungswürdig sind.

5. Landwirtschaftliche Begriffsverordnung / Ordonnance sur la terminologie agricole / Ordinanza sulla terminologia agricola (910.91)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Obschon die Anpassung der SAK-Faktoren verschoben worden ist, bleiben die Bemerkungen zu dieser Thematik in der Stellungnahme.

Die Anpassung der SAK-Faktoren entsprechend dem technischen Fortschritt und der gestiegenen Arbeitsproduktivität sowie die Senkung der Förderlimite bei den einzelbetrieblichen Strukturverbesserungsmassnahmen und die damit verbundene Harmonisierung mit der Gewerbegrenze nach Art. 7 BGG (1.0 SAK) werden befürwortet.

Im Rahmen der Revision der Verordnung des BLW über Investitionshilfen und soziale Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (SR 913.211; abgekürzt IBLV) sind die pauschalen Ansätze für die Starthilfe anzuheben, damit die Anpassung der SAK-Faktoren bei dieser Massnahme zu keiner Leistungsminde- rung führt.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 13 c	streichen	Die Stufe 1 des Typs „Uferbereich entlang von Fliessgewässern“ wird landwirtschaftlich genutzt und soll zur LN gehören.
Art. 27, Abs. 3	streichen	Auf die Unterscheidung Nutztiere/Heimtiere ist aus folgenden Gründen zu verzichten: a) Ein korrekter Vollzug ist praktisch unmöglich solange die Informationen nicht direkt aus der TVD bezogen werden können. Eine manuelle Kontrolle (aufgrund der Angaben in der TVD) ist viel zu aufwändig, zudem sind längst noch nicht alle Pferde in der TVD erfasst. b) Die getrennte Erhebung der Tiere der Pferdegattung in den Kategorien Heimtiere und Übrige führt zu einem erheblichen Mehraufwand. Vor allem bei den im Vorjahr gesömmer- ten Tieren wird der Landwirt Probleme haben, überhaupt korrekte Angaben machen zu können. c) Die Erfassung eines Pferdes als Heimtier erfolgte ohne Kenntnis der Folgen, welche der Ausschluss der Heimtiere

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>haben wird. Der Eintrag müsste zumindest wieder rückgängig gemacht werden können.</p> <p>d) Die Heimtiere tragen zwar nicht zur Versorgungssicherheit bei, haben aber ihre Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Verwertung von Futter auf BFF-Flächen. Sie tragen damit auch zu den Zielen des Landwirtschaftsgesetzes bei.</p> <p>e) Die Bezeichnung als Heimtier stimmt bei weiten nicht mit der Haltung von Pensionspferden überein. Es ist davon auszugehen, dass das Pensionspferd in aller Regel nicht zur Versorgungssicherheit beiträgt. Unlogisch ist deshalb, wieso ein Teil der Pensionspferde beitragsberechtigt sein soll, der andere Teil (die Heimtiere) jedoch nicht.</p> <p>f) Als Konsequenz würden ab sofort alle neu geborenen oder eingeführten Pferde nur noch als Nutztiere registriert.</p> <p>g) Der Vollzug wird zusätzlich erschwert, da ja auch Tier-schutzverstösse bei den Heimtieren keine Kürzungen der Direktzahlungen zur Folge haben dürften. Im Stall wären die Tiere aber nicht zu unterscheiden.</p> <p>h) Es gibt keine Gründe weshalb die Unterscheidung nicht auch bei anderen Nutz-/Heimtieren gemacht wird. (Zwergziegen, Lamas, Heimgeflügel etc.). Gleichbehandlung der Tierarten.</p>

6. Strukturverbesserungsverordnung / Ordonnance sur les améliorations structurelles / Ordinanza sui miglioramenti strutturali (913.1)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Strukturverbesserungen bieten wertvolle Unterstützung in der Entwicklung des ländlichen Raumes und zur Verbesserung der betrieblichen Grundlagen, der Erhaltung rationeller Produktionsmittel und der Senkung der Produktionskosten.

Die vorgesehenen Anpassungen ermöglichen eine optimale Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten und Entwicklungen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 3	Zustimmung	<p>Die Harmonisierung der Förderlimite mit der Gewerbegrenze nach Art. 7 BGG (1.0 SAK) sowie die vorgeschlagene Lösung mit einer festen Distanzangabe als Vereinfachung wird befürwortet. Eine einzelne Präzisierung genügt jedoch nicht. Die unterschiedlichen Distanzen für Einzelbetriebe, Betriebsgemeinschaften etc. und in den verschiedenen Rechtsgrundlagen sind unbedingt aufeinander abzustimmen.</p> <p>Die Anpassung der SAK-Faktoren und der unverändert minimale Arbeitsbedarf von 1.25 SAK für die Gewährung von Investitionshilfen an den Bau von Ökonomiegebäuden beziehungsweise die höheren SAK-Werte bei Neubauten oder umfassenden Umbauten von Ökonomiegebäuden für Milchkühe, Mutterschweine, Legehennen oder Gewächshäuser nach Art. 3 Abs. 1^{ter} Bst. a und b SVV bewirken indirekte eine Anhebung der Förderschwelle. Mit dieser Anpassung können wettbewerbsfähige Strukturen sowie die überbetriebliche Zusammenarbeit verstärkt und besser unterstützt werden.</p>
Art. 8 Abs. 3	<i>streichen</i>	Unnötig und gibt nur zusätzlichen Aufwand. Eine grobe Risikobeurteilung wird bei uns von der Geschäftsstelle ohnehin gemacht; und offenbar mit Erfolg, denn wir hatten noch nie Verluste (die ja sowieso der Kanton tragen müssten).

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	Eventualantrag: <i>Den Kantonen ist die Wahl der geeigneten Methoden und Mittel zur Sicherstellung der Tragbarkeit und Finanzierbarkeit der Belastungen freizustellen.</i>	<i>Damit können die Träger des finanziellen Risikos dieses selber den Mehrkosten zu dessen Reduktion gegenüberstellen und ihre Abläufe im Gesamtsystem optimieren.</i>
Art. 10, Abs. 1	Harmonisierung der verschiedenen Distanzbestimmungen in SVV und gemäss BGG für die verschiedenen Anerkennungsfälle	Analog Art. 3
Art. 11, Abs. 2, Bst. a	Einbezug des Pachtlandes ist richtig.	Die Stossrichtung, Pachtlandarrondierungen stärker zu fördern ist grundsätzlich richtig und wird begrüsst. Güterregulierungen müssen aber weiterhin auch ohne Pachtlandarrondierung als umfassend gemeinschaftliche Massnahmen gelten. Der vorgesehene Anreiz, bzw „Zwang“ erhöht die Hürde bei der Beschlussfassung zur Gründung von Flurnossenschaften zu sehr.
Art. 15, Abs. 1, Bst. g	Zustimmung	Pachtlandarrondierungen sind analog den Zusatzbeiträgen für ökologische Leistungen mit einem Anreizsystem zu fördern. Die Anpassungen von Art. 15 Abs. 1 Bst. g gehen in diese richtige Richtung. Sie werden darum begrüsst.

7. Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft / Ordonnance sur les mesures d'accompagnement social dans l'agriculture / Ordinanza concernente le misure sociali collaterali nell'agricoltura (914.11)

7. Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft / Ordonnance sur les mesures d'accompagnement social dans l'agriculture / Ordinanza concernente le misure sociali collaterali nell'agricoltura (914.11)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 6 Abs. 2 (Aufhebung)	Nicht aufheben	Die verstärkte Beurteilung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes ist zweckmässig. Die Wartefrist für die Gewährung einer Betriebshilfe nach Art. 1 Abs. 1 Bst. b SBMV (Umschuldung) soll nach einer grösseren Investition aber weiterhin 5 Jahre betragen. Häufig erfolgen nämlich Landkäufe zu übersetzten Preisen zu Lasten von anderen Betrieben. Eine grosse Investition ist zu definieren.
Art.14, Abs. 1, Bst. a	Rückzahlungsfrist 20 Jahre beibehalten	Die bisherige Regelung hat sich bewährt. Eine Verkürzung der Frist reduziert den Bezügerkreis erheblich und ist nicht im Interesse einer langfristigen gesunden finanziellen Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe.

8. Agrareinfuhrverordnung / Ordonnance sur les importations agricoles / Ordinanza sulle importazioni agricole (916.01)

8. Agrareinfuhrverordnung / Ordonnance sur les importations agricoles / Ordinanza sulle importazioni agricole (916.01)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Aus ökonomischen Gründen erachten wir es als grundsätzlich falsch, das Futtergetreide preislich durch eine "Verschlechterung" des Brotgetreides relativ besser zu stellen. Fraglich ist zudem, ob durch diese Massnahme die Produktion von Futtergetreide überhaupt erhöht würde, da die preislichen Anreize, dieses zu produzieren, wenig attraktiv bleiben.

9. Landwirtschaftliche Absatzförderungsverordnung / Ordonnance sur la promotion des ventes de produits agricoles / Ordinanza sulla promozione dello smercio (916.010)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Verordnung geht grundsätzlich in die richtige Richtung, nämlich Umsetzung der Qualitätsstrategie, Nutzen ziehen aus der Swissness und Erschliessung von Marktanteilen für die Schweizer Landwirtschaft insgesamt.

Befürchtet wird eine Uniformisierung der Marktauftritte zulasten bereits etablierter (wohinter ein beträchtlicher Aufwand steckt) Marken / Auftritte (z.B. Valais, AOC Gruyère etc.). Die Uniformisierung würde hart erarbeitete Vorteile unnötigerweise preisgeben.

Wir gehen davon aus, dass weiterhin Marketingaktivitäten von Branchen, Einzelfirmen und Regionen unterstützt werden. Bei der Unterstützung von Marketingmassnahmen einzelner Firmen ist darauf zu achten, dass keine wettbewerbsverzerrende Wirkung entsteht.

Wir befürworten die Anforderung an unterstützte Absatzförderungsmassnahmen nach Art. 1, wonach diese im Erscheinungsbild klar Bezug zur Herkunft Schweiz (Art. 7 Abs.1) und zu den Werten der Charta Land- und Ernährungswirtschaft (Art. 9, Abs. 1 Bst. a) nehmen müssen. Der Bezug zur Herkunft im Erscheinungsbild kann auch anders als mit einer Dachmarke erfolgen. Siehe dazu Swissness-Vorlage, Verwendung des Schweizer Kreuzes. Allenfalls ist dieser letzte Punkt durch einen neuen Art. 7 Abs. 3 abzusichern.

Durch die Prioritätenordnung in Art. 13. Abs. 1^{bis} werden überregional organisierte Vorhaben unnötig diskriminiert, eine Kürzung muss linear erfolgen.

15. Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft / Ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture / Ordinanza sui sistemi d'informazione nel campo dell'agricoltura (919.117.71)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Schlusslieferung der Daten an den Bund soll auf den 31. Oktober harmonisiert werden; es erfolgen ja Zwischenlieferungen, welche die Aktualität der Daten garantieren.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 5	Ergänzen: Die Kantone können die von den kantonalen Stellen erfassten Daten für kantonale Vollzugsaufgaben verwenden sowie an andere Kantone weiterleiten.	Im Artikel 5 wird nur die Weitergabe und Verknüpfung innerhalb der Bundesverwaltung geregelt. Das gleiche sollte auch innerhalb der kantonalen Verwaltung und unter den Kantonen gelten.
Art. 6, Bst. d und e, 26, 27	Es besteht ein Zusammenhang mit der ISVET-Verordnung; dieser muss bestehen bleiben.	
Art. 8		Zur Einhaltung dieser Vorgaben müssen aber geeignete gemeinsame Tools zur Verfügung gestellt und die elektronische Datenerfassung gefördert werden.
Art 10	Ergänzen: Der Bund stellt die amtlichen Vermessungsdaten sowie die Luftbilder zur Verfügung.	Dadurch müssen die Daten nicht redundant beschafft und gehalten werden
Art. 13	Ergänzen: „.....bezogen werden. Für die Schnittstelle zwischen AGIS und GADES sowie für die Übermittlung/Bezug der Daten von AGIS nach GADES ist der Bund verantwortlich. “	Redundante Datenführung sollte verhindert werden. Verantwortlichkeiten für die Bereitstellung von Schnittstellen und den damit verbundenen Kosten sollten klar definiert sein. Falls nicht via VO geregelt, sollte aufgeführt sein, durch wen oder wo es geregelt wird.
Art. 15	„Das BLW beschafft die Daten nach Art. 14. b. und c. beim Bewirtschafter. Die Daten nach Art. 14. b. und c werden vom Bewirtschafter oder von der Bewirtschafterin direkt	Redundante Datenführung sollte verhindert werden.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	unter Verwendung der Internetapplikation HODUFLU erfasst und verwaltet. Die zuständige kantonale Behörde kann im Rahmen ihrer Vollzugskompetenz Daten nach Art. 14. b. und c in HODUFLU berichtigen und ergänzen.“	
Art. 16	Ergänzen: „.....bezogen werden. Für die Schnittstelle zwischen AGIS und HODUFLU sowie für die Übermittlung/Bezug der Daten nach Art. 14. b. und c von AGIS nach HODUFLU ist der Bund verantwortlich. “	Redundante Datenführung sollte verhindert werden. Verantwortlichkeiten für die Bereitstellung von Schnittstellen und den damit verbundenen Kosten sollten klar definiert sein. Falls nicht via VO geregelt, sollte aufgeführt sein, durch wen oder wo es geregelt wird.
Art 21	Korrigieren: ... AGIS direkt im Internetportal erfasst Die Kantonssysteme liefern die Daten direkt über eine Schnittstelle. Die Datenhoheit liegt bei den Kantonen.	Es ist zu befürchten, dass mit der Selbstregistrierung auf Agate nicht plausible und redundante Informationen gesammelt werden. Die Daten sind deshalb in jedem Falle bei den Kantonen bezogen werden. Mit den vorliegenden Bestimmungen ist das Datenchaos vorprogrammiert. Es wird auch sichergestellt, dass die Kantonssysteme Expressmeldungen mit der nötigen Datenqualität (Datenkonsistenz) übergeben können.
Art. 25, Abs. 1	Ergänzen: ... ungenügender Qualität zur Datenkorrektur verpflichten. Dabei muss der finanzielle und zeitliche Aufwand verhältnismässig sein.	Bei den vielseitigen kantonalen Gegebenheiten ist es unmöglich, sämtliche Möglichkeiten in einem EDV-System abzubilden. Jede einzelne Ausnahme von der Ausnahme zu programmieren kann nicht mehr bezahlt werden.
Art. 24	Eine Übereinstimmung mit der ISVET Verordnung muss gegeben sein	Es ist bekannt, dass verschiedene Kontrolltypen aus dem Veterinärbereich auch auf acontrol abgebildet werden. Es muss klar sein, dass der Veterinärdienst den Lead über die eigenen Kontrollrubriken hat. Das BLW kann nicht über die Veröffentlichung von Veterinärdaten bestimmen.
Anhang 2 Ziff. b.	Der Begriff „Schwere“ ist zu klären resp. zu definieren.	